



# **Aufschwung kommt nicht von alleine**

## **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Tarifrunden Ende 2013 / Anfang 2014**

<b>Konjunktur mit wenig Schwung .....</b>	<b>2</b>
<b>Ausblick auf 2014 .....</b>	<b>3</b>
<b>Weltwirtschaft stabil – Eurokrise nicht vorbei.....</b>	<b>4</b>
<b>Öffentliche Finanzen: Investitionsstau auflösen .....</b>	<b>7</b>
<b>Kräftig steigende Löhne sind notwendig .....</b>	<b>10</b>

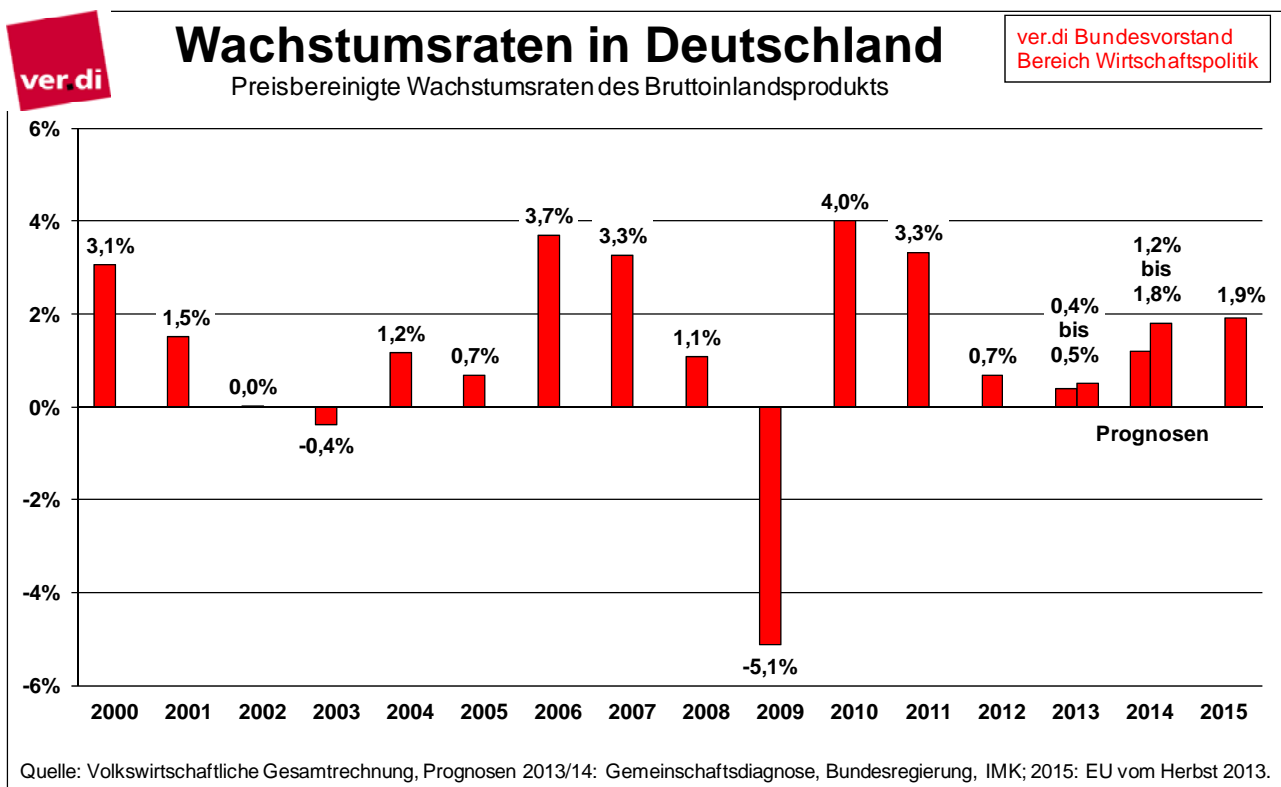
## Konjunktur mit wenig Schwung

Die deutsche Wirtschaft präsentiert sich in einem schwierigen europäischen Umfeld in vergleichsweise stabiler Lage. Für 2013 wird ein Zuwachs zwischen 0,4 und 0,5 Prozent, für 2014 ein Wachstum zwischen 1,2 und 1,8 Prozent prognostiziert. Wenngleich diese Entwicklung besser als im übrigen Europa ist, kann sie nicht zufriedenstellen.

In der Vergangenheit hing ein kräftiges Wachstum in Deutschland von steigenden Exportüberschüssen ab. Damit ist es nun erst einmal vorbei. Zwar steigen die Exporte noch leicht an. Da die Importe jedoch stärker steigen, sinkt der Exportüberschuss, d.h. per Saldo können im Ausland weniger Waren und Dienstleistungen abgesetzt werden. Hierdurch reduziert sich das Wachstum im laufenden Jahr um 0,3 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Wäre der Außenhandelsüberschuss gleich groß wie im letzten Jahr, würde das Wachstum 2013 0,7 Prozent statt nur 0,4 Prozent betragen.

**In der Vergangenheit war der Exportüberschuss maßgeblich für hohe Wachstumsraten verantwortlich.**

Wegen des negativen Wachstumsimpulses des Außenhandels bei gleichzeitig schwacher Binnennachfrage wird sich 2013 auch nur ein schwaches Wachstum ergeben. Der private Konsum ist für 0,5 Prozentpunkte, der öffentliche Konsum für 0,2 Prozentpunkte verantwortlich.



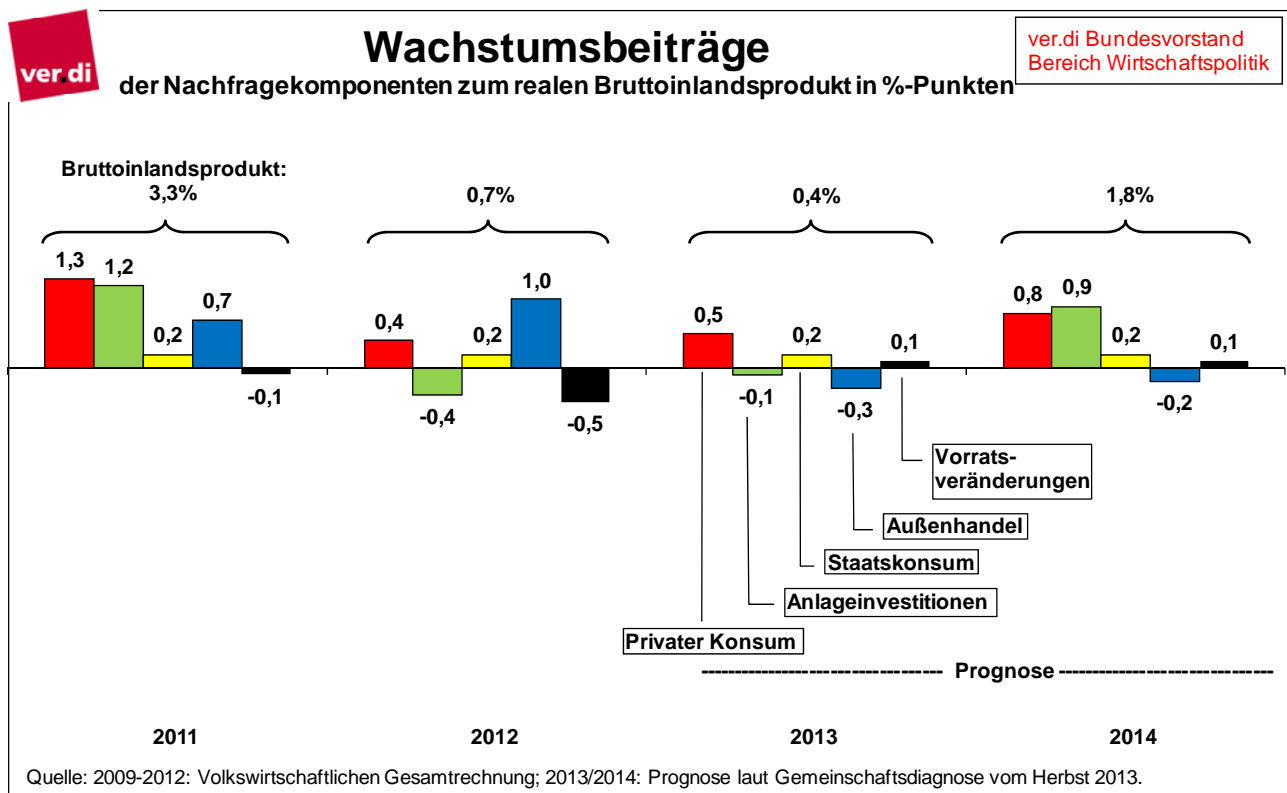
Die einzelnen Wachstumskomponenten zusammengezählt ergeben das prognostizierte Wachstum von 0,4 Prozent für 2013: privater Konsum +0,5 Prozentpunkte; Staatskonsum +0,2; Investitionen -0,1; Außenhandel -0,3; Vorratsveränderungen +0,1.

## Ausblick auf 2014

Die Wachstumsprognosen für 2014 liegen zwischen 1,2 und 1,8 Prozent. Übereinstimmend wird mit einem deutlicheren Anstieg des privaten Konsums gerechnet, der 0,8 Prozentpunkte zum Wachstum beitragen soll. Begründet wird dies mit einem weiteren Anstieg der Löhne und Gehälter und einer weiteren Zunahme der Beschäftigung.

In gleicher Größenordnung (+0,9 Prozentpunkte) wird übereinstimmend der Beitrag der Investitionen zum Wachstum prognostiziert. Da die Investitionstätigkeit in den Vorjahren zurückgegangen war, wird zunächst vor allem mit einem Anstieg der Ersatzinvestitionen gerechnet um verschlissene Maschinen und Gebäude zu ersetzen. Mit zunehmender Nachfrage steigt die Kapazitätsauslastung, so dass im weiteren Verlauf vermehrt Erweiterungsinvestitionen notwendig werden, und so die Investitionstätigkeit an Breite gewinnt.

Die Unterschiede in den vorliegenden Wachstumsprognosen für 2014 ergeben sich aus der unterschiedlichen Einschätzung des Außenhandels. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) geht von einem deutlichen Rückgang des Exportüberschusses aus, so dass hierdurch das Wachstum um 0,7 Prozentpunkte reduziert wird und insgesamt nur 1,2



Prozent betragen soll.<sup>1</sup> Demgegenüber sieht die aktuelle Gemeinschaftsdiagnose deutscher Forschungsinstitute (GD) ein Wachstum für 2014 von deutlich höheren 1,8 Prozent.<sup>2</sup> Dies resultiert aus der Einschätzung, dass der Exportüberschuss deutlich weniger sinkt. Vom Außenhandel geht hier lediglich ein negativer Wachstumsimpuls von 0,2 Prozentpunkten aus.

## **Weltwirtschaft stabil – Eurokrise nicht vorbei**

Die Weltwirtschaft befindet sich auf leichtem Wachstumskurs. Treiber sind die großen Volkswirtschaften. Die US-Wirtschaft wächst dieses Jahr um voraussichtlich 1,7 Prozent. Gleiches gilt für Japan. Im nächsten Jahr soll sich das US-Wachstum beschleunigen. Für Japan hingegen wird eine leichte Abschwächung erwartet. In beiden Ländern schoben die Notenbanker ihre Wirtschaft durch eine lockere Geldpolitik kräftig an. In den Schwellenländern – China, Südkorea, Brasilien, Indien, etc. – verlangsamt sich die Wachstumsdynamik seit einigen Jahren deutlich. Für 2014 wird jedoch auch hier eine kleine Beschleunigung erwartet.

**Der größte Bremsklotz der Weltwirtschaft ist noch immer die Eurozone.**

Dieses Jahr schrumpft die Wirtschaft in der Eurozone erneut um geschätzte 0,4 Prozent, ohne Deutschland sogar um 0,7 Prozent. Südeuropa erreicht nach vier Jahren Dauerkrise vermutlich die Talsohle. Zwar stecken Spanien, Italien und Griechenland heute in der Rezession. Die Wirtschaft schrumpft jedoch langsamer. Gleichzeitig verharrt die Massenarbeitslosigkeit auf hohem Niveau.

2014 soll die Euro-Wirtschaft wieder um 0,5 Prozent wachsen. Ursächlich für die leichte Besserung der wirtschaftlichen Lage ist die Lockerung der Sparpolitik. Ein kräftiger Aufschwung sieht jedoch anders aus. Ein deutlicher Abbau der Massenarbeitslosigkeit ist bei dieser schwachen Entwicklung nicht zu erwarten. Zudem sind die Risiken eines Rückschlages hoch. Die Finanzmarktkrise ist noch nicht überwunden. Die Europäische Zentralbank hat aus Angst vor fallenden Preisen – Deflation – den Leitzins auf 0,25 Prozent gesenkt. Die europäischen Banken sitzen noch immer auf faulen Krediten in Höhe von einer Billion Euro.

Europa braucht jetzt ein milliardenschweres Aufbau- und Entwicklungsprogramm – einen Marshallplan –, um die Krise hinter sich zu lassen. Nur umfangreiche private und öffentliche Investitionen schaffen Wachstum und Beschäftigung, lassen die Steuereinnahmen wieder sprudeln und ermöglichen eine Reduzierung der Schuldenbelastung.

<sup>1</sup> Krise überwunden? Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2013/2014, IMK Report 86, Oktober 2013, [http://www.boeckler.de/imk\\_5269.htm?produkt=HBS-005636&chunk=1&jahr](http://www.boeckler.de/imk_5269.htm?produkt=HBS-005636&chunk=1&jahr)

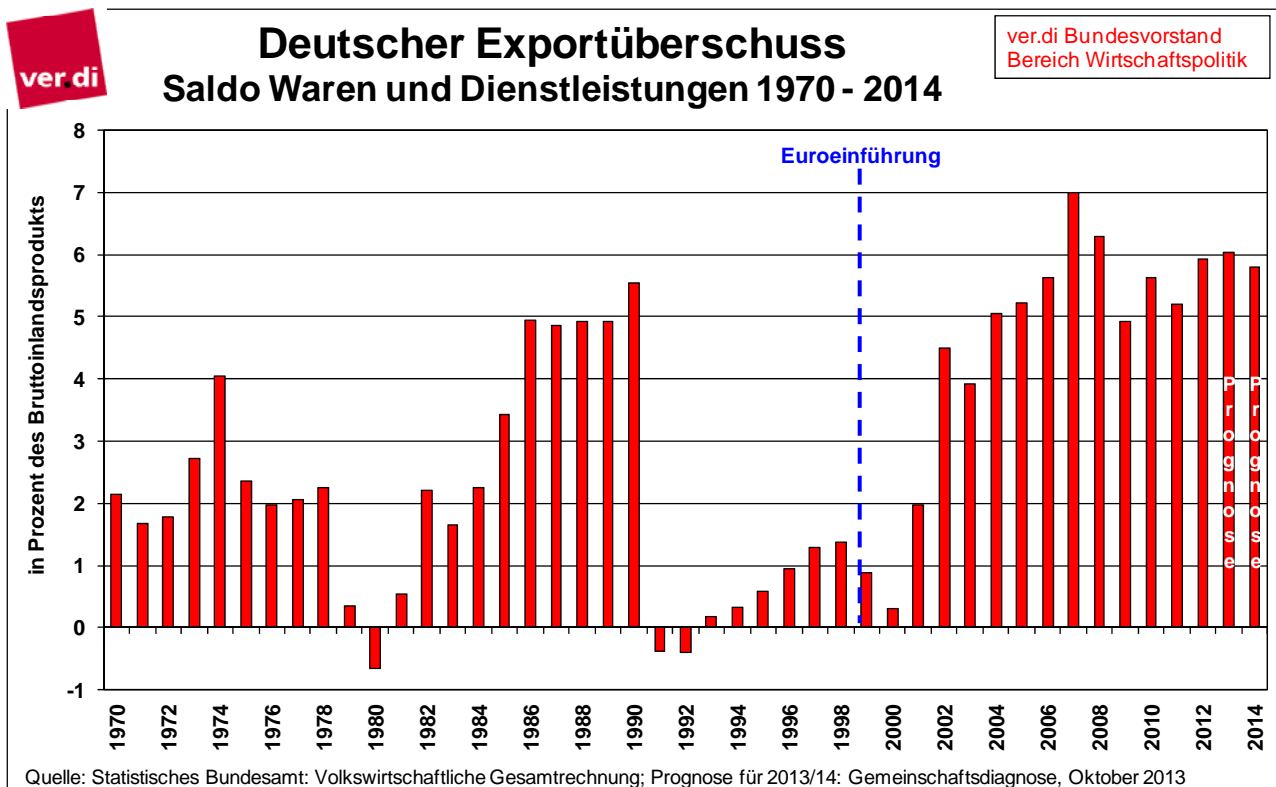
<sup>2</sup> Konjunktur zieht an – Haushaltsüberschüsse sinnvoll nutzen, DIW Wochenbericht, Nr. 43, 2013, [http://www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw\\_01.c.429714.de/gd2013herbst\\_vorl.pdf](http://www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw_01.c.429714.de/gd2013herbst_vorl.pdf)

Die deutsche Wirtschaft hat die Eurokrise bisher gut überstanden. Der politisch verursachte Nachfrageeinbruch in den europäischen Krisenländern fügte der deutschen Exportwirtschaft keinen großen Schaden zu. Die deutschen Firmen konnten mehr Waren auf den außereuropäischen Märkten absetzen. Die Ausfuhren in die USA, nach Russland und Japan stiegen 2012 zwischen 10 und 18 Prozent. Ähnlich stark kletterten die Exporte in die asiatischen Schwellenländer. Dadurch verliert der Euroraum relativ an Bedeutung: Zwischen 2006 und 2012 ist der Anteil der deutschen Ausfuhren in die Eurozone von 43 auf unter 38 Prozent gesunken.

**Den Nachfrageeinbruch der südeuropäischen Krisenländer kompensierten deutsche Firmen durch höheren Absatz außerhalb des Euroraums.**

Es spricht wenig dafür, dass sich die deutsche Wirtschaft dauerhaft von der Konjunkturflaute des Euroraums entkoppeln kann. Die unerwartet starke Nachfrage aus den außereuropäischen Märkten war durch Sondereffekte (Direktinvestitionen, Euroschwäche, Geldpolitik) verursacht. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass sich dieser Exportboom mittelfristig fortsetzt.

Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung ist dies aber eine durchaus positive Entwicklung. Exportüberschüsse werden hierzulande als Ausdruck wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gefeiert. Angela Merkel empfiehlt unseren Nachbarn die deutsche Exportorientierung sogar als Weg aus der Krise. Das kann jedoch nicht funktionieren.



Eine international gleichgewichtige Entwicklung setzt voraus, dass Im- und Exporte zumindest mittelfristig ausgeglichen sind. Denn nur dann müssen sich andere Länder nicht ständig verschulden um ihre Exportdefizite, die die Kehrseite von Überschüssen anderer Länder sind, zu finanzieren. Aus diesem Grunde verpflichtet das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ die deutsche Politik eigentlich bereits seit 1967 auf die Herstellung eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Die negativen Folgen außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte hat inzwischen auch die Europäische Kommission erkannt. Deswegen beschlossen die Kommissarinnen und Kommissare Obergrenzen für Leistungsbilanzüberschüsse und -defizite, die wesentlich von der Handelsbilanz, also den Im- und Exporten bestimmt werden. In den ersten Entwürfen war noch eine Obergrenze von jeweils vier Prozent des BIP vorgesehen. Auf deutschen Druck wurde die Grenze für Überschüsse jedoch auf sechs Prozent angehoben. Hierfür gibt es keinerlei ökonomische Begründung - nur eine politische: Deutschland konnte so 2011 noch knapp unter der Obergrenze bleiben.

**Das exportgetriebene deutsche Wachstumsmodell stößt an ökonomische und politische Grenzen.**

Doch nun ist Schluss mit lustig. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss reißt 2013 wie bereits 2012 die sechs Prozent-Grenze. Damit droht wie auch im Falle von zu großen Defiziten eine Rüge aus Brüssel. Sollte diese folgenlos bleiben, sind weitere Schritte vorgesehen. Grundsätzlich könnte die EU-Kommission ein Bußgeld in Höhe von 0,1 Prozent des deutschen BIP verhängen, was immerhin rund 2,5 Milliarden Euro entsprechen würde. Deutschland wird jedoch alles versuchen, die EU-Kommission von diesem Schritt abzuhalten. Vermutlich mit Erfolg.

Ob nun Strafen folgen oder nicht: Das exportgetriebene deutsche Wachstumsmodell stößt an Grenzen. Denn ein Außenhandelsüberschuss trägt nur dann zum Wachstum bei, wenn er – unabhängig vom bereits erreichten Niveau – weiter steigt. Ein Rekord müsste den nächsten jagen. Da dies immer schwieriger wird, sind zukünftig keine großen Wachstumsimpulse durch den Außenhandel mehr zu erwarten.

Sollten auch in Zukunft große deutsche Export- und Leistungsbilanzüberschüsse entstehen, sind politische Konflikte mit den großen Defizitstaaten unvermeidbar. Die jüngste Kritik der US-Regierung an den deutschen Überschüssen gibt einen Vorgeschmack. Die deutsche Wirtschaftspolitik muss darauf hinwirken, dass das Wachstum zukünftig besser ausbalanciert ist. Dafür muss der Binnenmarkt gestärkt werden.

## Öffentliche Finanzen: Investitionsstau auflösen

Die öffentlichen Haushalte scheinen auf den ersten Blick in bester Verfassung. Viel schneller als erwartet ist der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo zurückgegangen. Schon 2012 hat der Staat weniger ausgegeben als eingenommen. 2013 soll es ein Plus von drei und 2014 von fast acht Milliarden Euro geben. Laut GD sind diese Ergebnisse allerdings Sonderfaktoren zu verdanken, vor allem den günstigen Finanzierungsbedingungen des Staates: Ohne Eurokrise müsste der deutsche Staat für seine Schulden viel höhere Zinsen bezahlen. Auch die staatliche Investitionstätigkeit habe sich nur schwach entwickelt.

Das IMK weist im aktuellen Konjunkturreport erneut darauf hin, dass die Steuersenkungspolitik seit Ende 1990er Jahre Steuerausfälle von bisher fast 500 Milliarden Euro zur Folge hat. Dieser politisch verursachte Einnahmeverlust macht sich momentan nur wegen der Sonderfaktoren und einer extrem restriktiven Ausgabenpolitik in den öffentlichen Haushalten nicht bemerkbar. Eine Fortsetzung dieser Politik gefährdet das Wachstumspotenzial in Deutschland und die Zukunft der Menschen.

Doch angesichts guter Haushaltslage und steigender Steuereinnahmen gelten Steuererhöhungen als überflüssig, argumentieren CDU/CSU sowie unternehmernahe Ökonomen. In der Tat werden die Steuereinnahmen laut aktueller Steuerschätzung von 600 Milliarden Euro 2012 über 620 auf 640 Milliarden Euro in diesem und im nächsten Jahr steigen. Steigende Steuereinnahmen sind allerdings in einer wachsenden Wirtschaft der Normalfall. Es sei denn drastische Steuersenkungen führen zu Einnahmeausfällen.

**Steigende Steuereinnahmen sind in den Finanzplanungen von Bund und Ländern bereits einkalkuliert.**

In den Finanzplanungen von Bund und Ländern sind Einnahmezuwächse bereits einkalkuliert und entsprechend verplant. Zusätzlicher Spielraum entsteht allenfalls, wenn die Einnahmen stärker steigen als erwartet. Gegenüber der letzten Prognose erwarten die Steuerschätzer 14 Milliarden Euro zusätzlich, allerdings verteilt auf die vier Jahre bis 2017. Gut fünf Milliarden Euro davon sollen auf Städte und Gemeinden entfallen, bei denen längst eine tiefe Spaltung entstanden ist: Der eine Teil kommt gerade so über die Runden, die zusätzlichen Einnahmen dürften den Handlungsspielraum nur geringfügig erweitern. Der andere Teil – mehr als die Hälfte der Kommunen musste bereits Haushaltssicherungskonzepte aufstellen – befindet sich in einem Teufelskreis von Haushaltsdefiziten und Verschuldung. Für sie würde sich lediglich die Finanznot etwas lindern. Die Bundesländer sollen zusammen bis 2017 ebenfalls gut fünf Milliarden Euro Steuern zusätzlich einnehmen, der Bund knapp zwei Milliarden Euro.

Die Bundesländer haben für die nächsten Jahre äußerst restriktive Finanzplanungen erstellt um künftig die Vorgaben der Schuldenbremse zu erreichen, darunter eine Reduzierung von Personal oder Kürzung von Zuweisungen an die Kommunen.<sup>3</sup> Die zusätzlichen Steuereinnahmen wären lediglich der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein.

Sämtliche prognostizierten zusätzlichen Einnahmen würden bei weitem nicht für ein zukunftsfähiges Angebot von öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur ausreichen. Laut GD sind allein für Bildung und Verkehrsinfrastruktur jährlich Mehrausgaben von 20 Milliarden Euro notwendig. ver.di hat in einer Befragung festgestellt, dass bundesweit in den gut 2.000 Krankenhäusern insgesamt 162.000 Stellen fehlen. Sechs Milliarden Euro jährlich würde es kosten, diese Stellen zu besetzen. Weitere Beispiele lassen sich leicht finden. Zusätzlich muss auf die kommenden Jahre verteilt der aufgelaufene Investitionsstau behoben werden. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beziffert ihn allein bei den Kommunen auf 128 Milliarden Euro. Das IMK ermittelt für die letzten zehn Jahre einen Investitionsrückstand von insgesamt 300 Milliarden Euro. Für die nächste Zeit sind für Zukunftsinvestitionen also jährliche Mehrausgaben in der Größenordnung eines mittleren zweistelligen Milliardenbetrags nötig.

**Ohne jährliche Mehrausgaben in mittlerer zweistelliger Milliardenhöhe wird der Investitionsstau immer größer.**

Nicht nur die Steuereinnahmen sprudelten, auch die Steuerquote – der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt – erreichte einen Höchststand seit der Wiedervereinigung, argumentieren die Gegnerinnen und Gegner von Steuererhöhungen. Notwendige Mittel für Investitionen seien daher durch Subventionsabbau oder eine Umschichtung von konsumtiven zu investiven Ausgaben zu mobilisieren. Selten wird dabei deutlich, was konkret gemeint ist. In der GD wird kritisiert, dass für Hotelübernachtungen oder Handwerkerleistungen neue Subventionierungen vor kurzem erst geschaffen wurden. Hier bietet sich auf jeden Fall Einnahmepotenzial, ebenso wie zum Beispiel auch bei der vom Bundesfinanzhof für unzulässig erachteten übermäßigen Subventionierung von Betriebsvermögen bei der Erbschaftsteuer. Letzteres wird in der GD allerdings nicht vorgeschlagen. Stattdessen wird wieder einmal auf die teilweise steuerfreien Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit verwiesen. Ausgerechnet Menschen, die nachts und sonntags arbeiten müssen, sollen für die fehlenden Finanzmittel aufkommen.

Zudem ist der Hinweis auf die Rekordhöhe der Steuerquote mindestens irreführend. Formal ist er zwar richtig, allerdings wurden seit 1998 Einnahmen aus der Mehrwertsteuer und der sogenannten Ökosteuer zur Finanzierung der Sozialversicherungen bzw. Senkung von Beitrag-

---

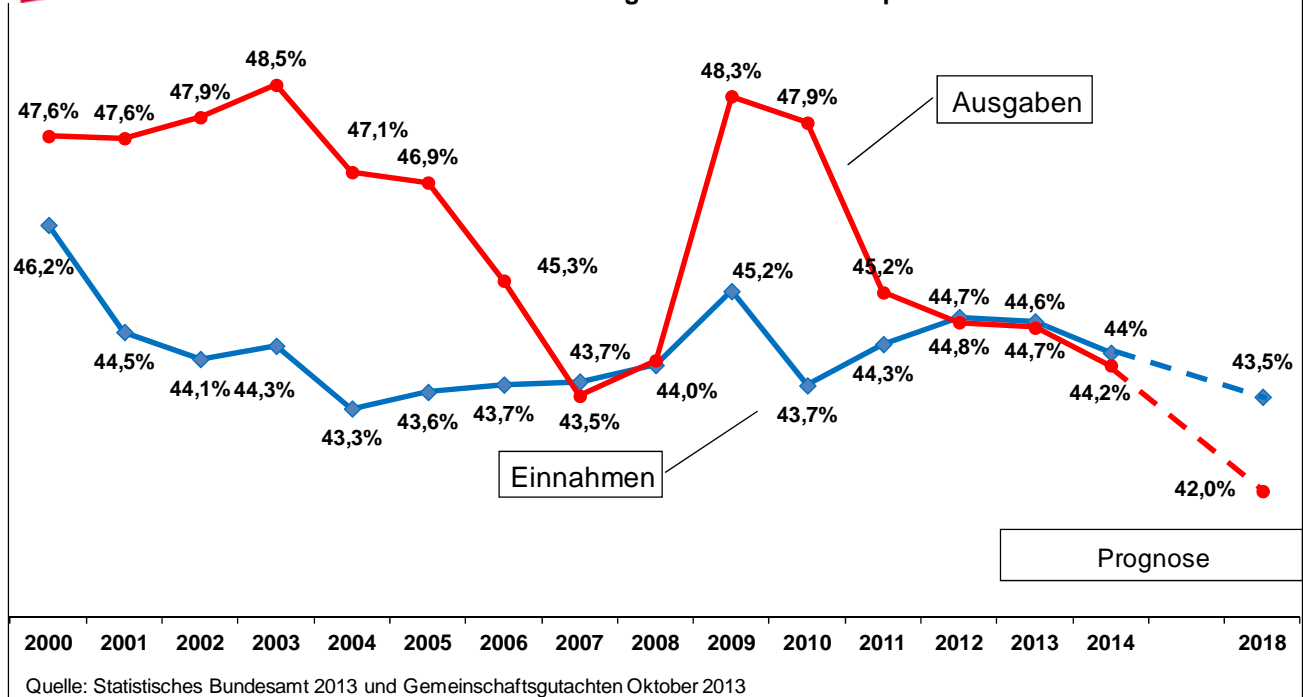
<sup>3</sup> Dieter Vesper, Auswirkungen der Schuldenbremse auf die Haushalte ausgewählter Bundesländer und ihrer Gemeinden, Oktober 2012, [www.gemeinden.verdi.de](http://www.gemeinden.verdi.de)



## Sozialstaat in der Krise

Anteil von Staat und Sozialversicherungen am Bruttoinlandsprodukt

ver.di Bundesvorstand  
Bereich Wirtschaftspolitik



sätzen verwendet. Ohne diese Änderungen läge die Steuerquote heute um über einen Prozentpunkt unter ihrem tatsächlichen Wert. Dies entspricht rund 30 Milliarden Euro.

Wird der Anteil von Staat und Sozialversicherungen zusammen betrachtet, sind keine Höchststände zu vermelden. Stattdessen prognostizieren die Ökonomen der GD für die mittlere Frist Negativrekorde. Die Ausgaben von Staat und Sozialversicherungen sollen bis 2018 auf nur noch 42 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken. Gegenüber dem Beginn des Jahrtausends entspricht dies Minderausgaben von jährlich 150 Milliarden Euro.

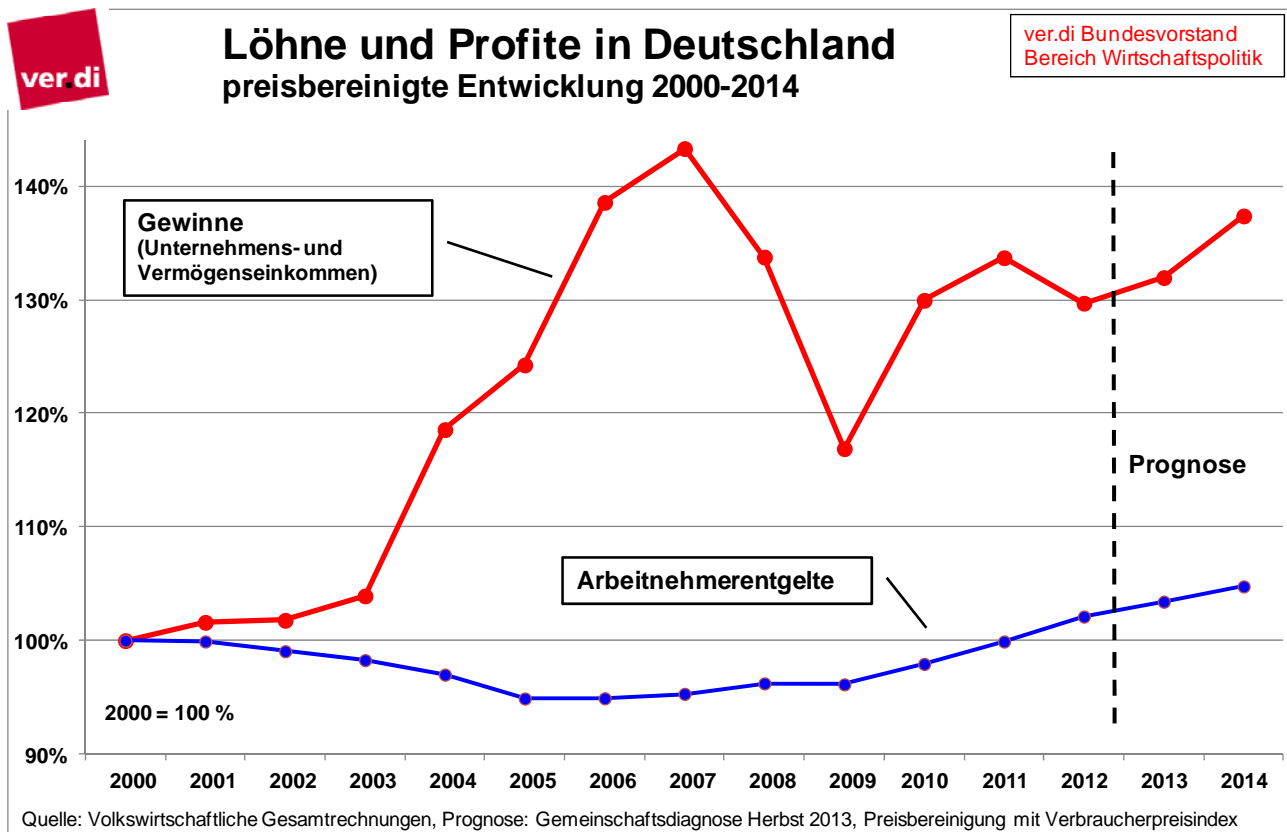
Die scheinbar gute Haushaltslage ist Folge von Sonderfaktoren und ebenso Folge von massiver Vernachlässigung bzw. Kürzungen bei Sozialausgaben, öffentlichen Dienstleistungen und Investitionen. Dieser Kurs bedeutet Fahren auf Verschleiß. Alternativlos ist er aber nicht, auch wenn die Kolleginnen und Kollegen in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes sicherlich wieder das Totschlagargument der „leeren Kassen“ hören werden. Für einen Kurswechsel ist eine solide Finanzierung nötig und möglich. Geld ist genug da! Wenn sich Vermögende, finanzstarke Unternehmen, Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen wieder in ausreichendem Maße an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Vgl. „Fair teilen! Höhere Löhne, Steuergerechtigkeit, Sozialstaat stärken“, ver.di Mai 2013, [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)

## Kräftig steigende Löhne sind notwendig

Im vergangenen Jahrzehnt stagnierten die Reallöhne pro Kopf, also nach Abzug der Preissteigerungen, für die Mehrheit der Beschäftigten sanken sie sogar. Prekäre und Niedriglohnbeschäftigung wurden – politisch gefördert – ausgeweitet, die Tarifbindung ging zurück, und die Tarifsteigerungen waren deutlich zu gering. Renten und Sozialleistungen sanken in Folge der mit den Stichworten Agenda 2010 und Hartz-Reformen verbundenen Kürzungspolitik real noch stärker. Dies waren die wesentlichen Gründe dafür, dass der private Konsum seit 2000 preisbereinigt weitgehend stagnierte und immer weiter hinter der Entwicklung der Wirtschaftsleistung zurückblieb. Nachdem diese Schere durch die Krise kurzzeitig geschlossen wurde, hat sie sich seit 2010 erneut zunehmend geöffnet.

Die Gewinne und Vermögenseinkommen waren in den Jahren vor der Krise geradezu explodiert. Mit der Krise 2008/2009 sanken sie zunächst, erholten sich aber recht schnell wieder. Die Beschäftigung und damit die Arbeitnehmerentgelte konnten durch Abbau von Arbeitszeitkonten und Kurzarbeit und wegen der schnellen Erholung der stark eingebrochenen Industrieproduktion relativ stabil gehalten werden. Seit 2010 steigen die Löhne endlich auch real wieder an. Je Beschäftigten war der reale Zuwachs mit etwa einem Prozent pro Jahr allerdings gering. 2013 wird der Zuwachs voraussichtlich nur bei 0,7 Prozent liegen. Die Steigerung der Gewinne und Vermögenseinkommen ist 2013 und nach den Prognosen auch 2014 voraussichtlich schon wieder stärker als die der Löhne.



Die klassische Lohnformel ergibt für 2014 einen „verteilungsneutralen Spielraum“ von rund drei Prozent. Dieser Wert setzt sich zusammen aus einer für Deutschland prognostizierten Preissteigerung von 1,5 bis 1,9 Prozent und einer Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität<sup>5</sup> von 0,6 bis 1,7 Prozent.

In einem gemeinsamen Währungsraum müssen sich jedoch Löhne und Preise in gleichem Maße entwickeln, sonst driftet die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder auseinander. Hierzulande sind Löhne und Preise über viele Jahre hinweg langsamer gestiegen als in den übrigen Euro-Ländern. Die dadurch beförderte immer höhere Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands war eine wesentliche Ursache für die angestiegenen Exportüberschüsse, die damit verbundene Verschuldung der südlichen Euroländer und damit auch für die Entwicklung der Euro-Krise. Deswegen muss der Maßstab für die Inflationshöhe mindestens die für den gesamten Währungsraum angepeilte Preissteigerung sein, das heißt die sogenannte „Zielinflationsrate“ der Europäischen Zentralbank von knapp zwei Prozent.

Außerdem wird die Inflationsrate 2013 und voraussichtlich auch 2014 durch sinkende Einfuhrpreise insbesondere für Mineralöl gedämpft. Diese waren zuvor stark gestiegen. Wenn dies aber als Begründung für geringere Lohnsteigerungen genommen wird, profitieren davon einseitig die Unternehmen: Geringere Lohnsteigerungen erhöhen nur die Gewinne. Zudem sind auf der anderen Seite die Preissteigerungen insbesondere für Nahrungsmittel, Getränke und Wohnkosten in den letzten Jahren besonders hoch gewesen. Davon sind Menschen mit geringeren und mittleren Einkommen weit stärker betroffen als solche mit hohem Einkommen. Gleichzeitig haben sich die Löhne im unteren Bereich im letzten Jahrzehnt besonders schlecht entwickelt. Daraus begründen sich Forderungen, niedrige Löhne überproportional zu erhöhen, etwa durch Sockelbeträge.

**Der verteilungsneutrale Spielraum für Lohnerhöhungen beträgt für 2014 rund drei Prozent. Auch höhere Zuwächse sind gerechtfertigt.**

Da die Produktivitätsentwicklung im Konjunkturverlauf schwankt, ist es sinnvoll, sich am längerfristigen Trend zu orientieren. Dieser liegt bei knapp 1,5 Prozent Zuwachs pro Jahr. Somit ergibt sich als Zielmarke für die Lohnentwicklung ein Zuwachs von im Schnitt 3,5 Prozent pro Jahr. Dieser müsste allerdings über alle Löhne und Gehälter hinweg erreicht werden, nicht nur für die tarifgebundenen, und zwar auf 12 Monate gerechnet und tabellenwirksam. Und als Ergebnis, nicht als Forderung. Die Forderung kann und sollte also deutlich darüber liegen.

Mit Lohnsteigerungen im Bereich von 3,0 bis 3,5 Prozent pro Jahr würden die Beschäftigten am aktuellen wirtschaftlichen Zuwachs beteiligt. Gerechtfertigt wären aber auch deutlich da-

<sup>5</sup> Gesamte Wertschöpfung geteilt durch die Zahl der Arbeitsstunden. Prognosen der Gemeinschaftsdiagnose.

rüber hinaus gehende Abschlüsse. Sie würden die im letzten Jahrzehnt erfolgte Umverteilung zu Lasten der Löhne ein Stück zurückführen. Gleichzeitig wäre das ein wichtiger Beitrag, den Anpassungsprozess der Löhne im Euroraum auf sozialverträgliche Weise zu gestalten – nämlich durch erhöhte Lohnsteigerungen in Deutschland, statt durch Lohnkürzungen in den südlichen Ländern.

Von zentraler Bedeutung sind neben der Tarifpolitik die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Diese haben in den letzten Jahrzehnten der Lohndrückerei Vorschub geleistet und die gewerkschaftlichen Durchsetzungsmöglichkeiten geschwächt. Im Bundestagswahlkampf haben die Gewerkschaften deshalb einen Politikwechsel für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt gefordert. Kernpunkt ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro je Stunde, bundesweit und für alle Beschäftigungsverhältnisse.

Aber das reicht nicht. Notwendig sind ebenfalls gleiche Behandlung und Bezahlung sowie Einschränkung von Leiharbeit, Befristungen und Werkverträgen, erleichterte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und die Überführung von Minijobs in reguläre Beschäftigungsverhältnisse. Zu einem Politikwechsel gehört darüber hinaus die Ausweitung und in vielen Bereichen auch bessere Bezahlung von Beschäftigung in sozialen Dienstleistungen und mehr öffentliche Investitionen.

